

Basisinitiative *Bahn von unten* in TRANSNET. Engagiert im Aktionsbündnis „Bahn für Alle“.

Hintergrundbericht zur geplanten Vereinigung TRANSNET-GDBA und zur drohenden Zerschlagung unserer Bahn

Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP sieht nicht nur eine faktische Stärkung der Verkehrsträger Straße und Luftfahrt zu Lasten der Schiene vor. So spricht das Papier unter anderem von einem expliziten Verzicht auf ein generelles Tempolimit für Autobahnen, einer "maßvollen Erhöhung der Lkw-Fahrzeuggrößen und -gewichte", einer Zulassung und Förderung von Fernbuslinien in Konkurrenz zum Personenfernverkehr der Bahn und einer möglichen Ausweitung von Nachtflügen. All dies trägt die Handschrift der Auto-, Omnibus- und Luftfahrtlobby.

Vor allem die Passagen im Koalitionsvertrag über die Zukunft des Eisenbahnverkehrs lesen sich wie eine Kriegserklärung an die Bahngewerkschaften. "Aufgabe der Privatwirtschaft ist es, Personenverkehr, Gütertransport und Logistik zu betreiben", heißt es in dem Koalitionspapier, und weiter: "Aufgabe des Staates ist es, eine zukunfts- und leistungsfähige Infrastruktur zu garantieren, für faire Wettbewerbsregeln zu sorgen sowie den Unternehmen Planungssicherheit zu gewährleisten." Die Koalitionäre wollen Netz, Bahnhöfe und



Energieversorgung der heutigen (noch bundeseigenen) Deutschen Bahn AG (DB AG) in staatlicher Hand lassen, weil sie tendenziell defizitär sind und - wie die Straßen, Flughäfen und Wasserstraßen auch - weiterhin hohe öffentliche Zuschüsse brauchen. Gleichzeitig jedoch sollen die DB-Transportgesellschaften für den Schienenpersonen- und -güterverkehr und alle anderen Servicebereiche zu 100 Prozent privatisiert werden. TRANSNET und GDBA hatten über Jahre eine Teilprivatisierung akzeptiert, sofern der "integrierte Bahnkonzern" beibehalten würde. Diese Rechnung ging nicht auf.

Nun sehen viele Gewerkschafter in den neuen Regierungsplänen, die FDP-Handschrift tragen, eine völlige Zerschlagung der Bahn nach britischem Vorbild bei gleichzeitiger Sozialisierung der Kosten und Privatisierung der Gewinne.

Als Antwort auf dieses Szenario hatten die Spitzengremien beider Gewerkschaften vor zwei Jahren in einem gemeinsamen Beschluss Streiks für "Plan B" angedroht: "Plan B bedeutet, der Bund muss alleiniger Eigentümer des gesamten heutigen Unternehmens DB AG bleiben". Bei einer drohenden Zerschlagung der DB würden "alle Züge in Deutschland stillstehen, bis solche Absichten beerdigt sind", hatte der frühere Transnet-Vorsitzende Norbert Hansen beim Gewerkschaftstag 2004 erklärt. An diese Absichtserklärungen erinnerte am Wochenende die TRANSNET-Basisinitiative Bahn von unten und forderte die Gewerkschaftsspitzen auf, ab sofort mit der Mobilisierung für den Widerstand gegen die schwarz-gelben Pläne und vollen Einbeziehung der Basis zu beginnen: "Verschwendet in Fulda nicht die Zeit mit der Frage, wer nach einer Verschmelzung der Apparate in welchem hochdotierten Pöstchen landet", erklärte Hans-Dietrich Springhorn für die Initiative. Die wünschenswerte Einheit aller Eisenbahner könne nicht aus einer Kopfgeburt zur Bewahrung bürokratischer Apparate heraus entstehen. Sie müsse "von unten wachsen" und sei in erster Linie eine Frage des Inhalts und des Programms und einer kämpferischen Interessenvertretung. Eine Zerschlagung und Privatisierung der Bahn gefährde letztlich die Existenz von Transnet und GDBA, warnte Springhorn beide Gewerkschaften vor "Illusionen in einen Schmusekurs gegenüber der neuen Regierung".

In der Frage der Zugehörigkeit zu einem Dachverband nach einer angedachten Verschmelzung von TRANSNET und GDBA spricht nach Insiderangaben viel dafür, dass TRANSNET-Chef Alexander Kirchner im Gegensatz zu einem Vor-Vorgänger Norbert Hansen eine Mitgliedschaft seiner Organisation im DGB nicht in Frage stellen will. Die GDBA gehört, ebenso wie die Lokführergewerkschaft GDL, bisher dem (eher CDU/CSU-orientierten) Deutschen Beamtenbund (DBB) an und müsste dementsprechend mit ihrem Übergang in eine neue Organisation den Austritt aus dem DBB vollziehen. Dies dürfte nicht bei allen GDBA-Traditionalisten auf Gegenliebe stoßen. Darin wittert die GDL eine taktische Chance; sie versucht jetzt solche konservativen GDBA-Mitglieder abzuwerben, die nicht im DGB landen, sondern unbedingt im DBB bleiben wollen.

Bahn von unten - Postfach 2112
65011 Wiesbaden
Tel./Fax 0611.406807
info@bahnvonunten.de
www.bahnvonunten.de
V.i.S.d.P.: Hans-Gerd Öfinger

